

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/11

17. Januar 1977

Mehr Einzelaubventionen in der Verkehrspolitik

Nicht glanzvolle Programme sondern harte Arbeit stehen  
bevor

Von Kurt Gscheidle MdB  
Bundesminister für Verkehr

Seite 1 und 2 / 53 Zeilen

Totalüberprüfung der Altersversorgung unumgänglich

Öffentlicher Dienst darf nicht ausgeklammert bleiben

Von Hans-Jürgen Augstein MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und So-  
zialordnung

Seite 3 und 4 / 65 Zeilen

Starthilfe für osteuropäische Aussiedler

Zahlreiche Möglichkeiten der finanziellen Unter-  
stützung sind gegeben

Von Rudi Walther MdB  
Mitglied des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundes-  
tag

Seite 5 und 6 / 45 Zeilen

Chefredakteur: Holmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 31 90 36/39  
Telefax: 06 88 848-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Mehr Einzelsubventionen in der Verkehrspolitik

Nicht glanzvolle Programme sondern harte Arbeit am Detail stehen bevor

Von Kurt Gscheidle MdB  
Bundesminister für Verkehr

Mit der Regierungserklärung des Bundeskanzlers sind die Weichen für die politische Arbeit der kommenden 4 Jahre auch in der Verkehrspolitik gestellt. Sie steht im Zeichen der ganz bewußt und pointiert vom Bundeskanzler herausgestellten Leitbegriffe Liberalität und Solidarität.

Zu mehr Liberalität wird die bereits in der 7. Legislaturperiode praktizierte Erkenntnis beitragen: Nicht jeder Tatbestand, der regelungsfähig erscheint, ist regelungswürdig. Mehr Solidarität im Verkehrsbereich hingegen ist zu allererst eine Sache des mündigen Bürgers. Es geht um seine Bereitschaft, über die unmittelbaren, individuellen Bezüge hinauszudenken und zu handeln.

Die Verkehrspolitik muß und wird ihn darin unterstützen. Sie soll der spezifischen finanziellen Belastbarkeit des Einzelnen noch stärker Rechnung tragen. Hier müssen wir im Zeichen von mehr Wirtschaftlichkeit von der Global- zur konkret begründbaren Einzelsubvention kommen.

Die Verkehrspolitik soll der Chancengleichheit im Raum zu noch größerem Gewicht durch die Infrastrukturplanung verhelfen. Hierunter verstehe ich attraktive Verkehrsbedingungen für das flache Land und für die strukturschwachen Gebiete.

Schließlich muß die Verkehrspolitik gesellschaftspolitische Aktivposten, wie z. B. die gemeinwirtschaftliche Verkehrsbedingung, zukunftsweisend weiterentwickeln. Ich verstehe die Gemeinwirtschaftlichkeit als dynamisches Sozialprinzip und nicht als Konservierungstatbestand.

Abgesehen von den auch weiterhin bestehenden haushaltspolitischen Notwendigkeiten stehen damit in den kommenden Jahren besonders die Probleme

der Schiene im Brennpunkt des verkehrspolitischen Interesses. Der Gesundungsprozeß bei der Deutschen Bundesbahn - eine langwierige und mit keiner Patentlösung zu bewältigende Aufgabe - ist nicht nur eingeleitet, sondern im vollen Gange. Die zurzeit überschaubaren neuen Daten sind ermutigend, z. B.:

- Einsparung von bereits 35 000 Kräften durch natürlichen Abgang in der Zeit von November 1974 bis August 1976 unter Beachtung meiner Vorgabe, daß kein Eisenbahner seinen Arbeitsplatz verliert.
- Steigendes Investitionsvolumen - insbesondere Neu- und Ausbau des Streckennetzes an den neuralgischen Punkten und Relationen.
- Positive Erkenntnisse für die Verlagerung des Personennahverkehrs in der Fläche. Die Ergebnisse der inzwischen abgeschlossenen Modelluntersuchungen lassen für einen auf der Schiene verbleibenden Güterverkehr eine wesentliche Senkung der Streckenkosten erwarten.

Bürger und Wirtschaft können daher auch künftig auf gute Verkehrsverbindungen vertrauen - schienenvergleichbare Angebote im Personenverkehr sowie nutzungsabhängige Gleisanschlußgarantie im Güterverkehr werden dazu beitragen.

In der Verkehrspolitik gilt weiterhin unser Verkehrssicherheitsprogramm, dessen Maßnahmenkatalog laufend fortgeschrieben wird. Bei der Gurtanlegepflicht haben wir gerade in letzterer Zeit einen engen Zusammenhang zwischen der Öffentlichkeitsarbeit für diese Maßnahme und der Gurtanlegequote festgestellt. Wir werden auch in Zukunft zusammen mit dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat die Öffentlichkeitsarbeit für diesen Bereich vorantreiben.

Die Verkehrspolitik der angelaufenen Legislaturperiode wird - und dies betrifft auch die übrigen Schwerpunkte - weniger durch spektakuläre Umbrüche oder Neuorientierungen, als durch harte Arbeit am Detail eines insgesamt kontinuierlichen Reformansatzes gekennzeichnet sein. Harte Zeiten also für jene, die gerne vom Glanz phantasievoller Programme leben würden - Herausforderung und Ansporn jedoch für eine auf mehr Effizienz zusteuende Leistungsverwaltung.

(-/17.1.1977/mie/hgs)

+ + +

Totalüberprüfung der Altersversorgung unumgänglich  
-----

Öffentlicher Dienst darf nicht ausgeklammert bleiben

Von Hans-Jürgen Augstein MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

In den nächsten Monaten sind einschneidende und für viele schmerzliche Entscheidungen zu treffen, damit das Netz der sozialen Sicherheit funktionsfähig erhalten werden kann. Da ist viel von der Solidargemeinschaft die Rede, die sich nun bewähren müsse. Die zusätzlichen Lasten müßten gerecht auf Beitragszahler und Leistungsempfänger verteilt werden.

Aber während sich diese auf die gewiß nicht mit Begeisterung aufgenommene neue Lage einstellen, fordern die Vertreter der im öffentlichen Dienst Tätigen offenbar völlig ungerührt Einkommenssteigerungen, die einem die Sprache verschlagen. Der DBB-Vorsitzende Krause spricht allen Gutachten zum Trotz von einem angeblichen Besoldungsrückstand, obwohl die Beamten exakt dieselben Erhöhungen wie die Angestellten und Arbeiter zu erhalten gewöhnt sind, woraus sich wegen steigender Soziallasten außerhalb des öffentlichen Dienstes für die Staatadiener sogar ein ständig wachsender Einkommensvorsprung ergibt.

Ich meine, die zunehmende Kritik ist ernstzunehmen, wonach der öffentliche Dienst in die Totalüberprüfung zur Sanierung in der Sozialpolitik einbezogen werden müsse, wenn man die Gefahr abwenden will, daß eine privilegierte Kaste entsteht. Da ich selbst aus dem öffentlichen Dienst komme, kann man mir das Motiv Neid nicht unterstellen, mit dem zur Abwendung unbequemer Forderungen so gern operiert wird.

An drei Punkten soll deutlich werden, in welche Richtung Überlegungen angestellt werden müßten:

Eugen Loderer hat kürzlich eher beiläufig gemeint, in die Diskussion um die Rentenreform müsse die Altersversorgung aller Arbeitnehmer, also auch die der Beamten, einbezogen werden. Dem ist voll zuzustimmen.

An Veränderungen in der Alterspyramide und somit an "Rentenbergen" ist ja doch wohl das generative Verhalten von Beamtenehepaaren nicht weniger

beteiligt als das anderer Leute. Die Arbeitslosigkeit und die dadurch bedingten Mindereinnahmen andererseits haben Industriearbeiter doch nicht mehr "verschuldet" als Regierungsräte. Warum aber sollen nur jene mit den Konsequenzen belastet werden und diese nicht? Es muß ernsthaft darüber nachgedacht werden, ob man jenen Bürgern höhere Lasten und geringere Rentenerhöhungen zumuten kann, die mit ihren Steuern die unangetasteten Beamtenpensionen finanzieren, wenn nicht gleichzeitig ein solidarischer Beitrag des öffentlichen Dienstes zur Altersversorgung aller ins Auge gefaßt wird.

Zweitens: Warum ist aus dem Gedanken, die öffentlich Bediensteten zu einer Arbeitsmarktabgabe heranzuziehen, nichts geworden? Erfreulicherweise werden auch höchst unkonventionelle Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit erwogen. Selbst ein teilweiser Lohnverzicht der Arbeitnehmer wird diskutiert. Aber die Rede ist nur von Arbeitnehmern, die das Risiko des Arbeitsplatzverlustes zu tragen haben. Ist ein "Anerkennungsbeitrag" für den absoluten Schutz des Arbeitsplatzes da wirklich unzumutbar?

Und schließlich die Problematik der Krankenversicherung. Nirgends findet sich auch nur ansatzweise die Überlegung, den öffentlichen Dienst in Maßnahmen der Kostensenkung einzubeziehen. Für die Staatsdiener aber ist der Krankheitschutz schon jetzt viel billiger als für die anderen Bürger. Daß es im Beihilfewesen noch immer die Möglichkeit gibt, an der Krankheit zu verdienen, während für Normalbürger Leistungseinschränkungen, Beitragserhöhungen und eine angehobene Rezeptgebühr bevorstehen, ist eigentlich unerträglich. Ist es wirklich undenkbar, Staatsdiener denselben Bedingungen der Krankenversicherung zu unterwerfen wie die anderen Mitbürger?

In die parlamentarischen Beratungen der kommenden Monate müssen diese, hier nur andeutungsweise aufgezeigten Probleme einbezogen werden. Es gibt viele Anzeichen dafür, daß die Bereitschaft zu aktiver Solidarität bei den öffentlich Bediensteten weitaus stärker vorhanden ist, als vermutet wird. Daß die entsprechenden Anregungen nicht gerade von dieser Seite kommen, ist verständlich.

Umso nötiger ist es, daß das Parlament die sich immer tiefer abzeichnende Kluft zwischen Staatsdienern und Normalbürgern nicht länger ignoriert. An der Fähigkeit, diese Problematik offen zu diskutieren und vielleicht sogar mutige Neuregelungen zu finden, wird es sich zeigen, ob der in jüngerer Zeit nicht von ungefähr entstandene Vorwurf zutrifft oder nicht, der Bundestag habe sich durch seine eigene "Verbeamtung" so sehr die Hände selbst gebunden, daß er in diesem Bereich keine Reform mehr zustande bringen könne.  
(-/17.1.1977/va/ja)

+ + +

### Sterthilfe für osteuropäische Aussiedler

Zahlreiche Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung sind gegeben

Von Rudi Walther MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag

Mehr als 40 000 Aussiedler sind im vergangenen Jahr aus osteuropäischen Ländern zu uns in die Bundesrepublik gekommen. Sie profitieren von einer Klimaverbesserung in den humanitären Beziehungen zwischen den Ländern West- und Osteuropas. In der Schlußakte der KSZE in Helsinki hatten sich ja bekanntlich letztere verpflichtet, Familienzusammenführungen und Ausreisen zu erleichtern.

Daß besonders die Volksrepublik Polen den "dritten Korb von Helsinki" ernst nimmt, zeigen die Aussiedlerzahlen für 1976: Mehr als 26 000 deutschstämmige Bürger - ganze Familien, aber auch Einzelpersonen - siedelten in die Bundesrepublik über. Für diese positive Entwicklung spielten zweifelsohne die bilateralen Zusatzvereinbarungen zwischen Bonn und Warschau eine wichtige Rolle.

Die Aussiedler haben es schwer in einem Land, das ihnen aus der Ferne wie ein Paradies des wirtschaftlichen Wohlstandes und des uneingeschränkten Konsums erscheinen mußte. Die Wirklichkeit sieht angesichts der tiefgreifenden Wirtschaftsprobleme und der schwierigen Beschäftigungssituation etwas weniger optimistisch aus.

Damit sich die Aussiedler aus Polen, der CSSR und anderen Staaten trotzdem zurechtfinden in einer für sie zuweilen doch recht fremden Welt, hilft ihnen die Bundesregierung, wo sie kann. Dies geschieht im sozialen Bereich durch eine intensive Familienbetreuung, durch kostenlose Sprachkurse, durch Unterstützung bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzauche. Aber dies

allein reicht natürlich nicht aus.

Auch die finanziellen Starthilfen sind nicht unbeträchtlich: Es stehen zinsverbilligte Einrichtungendarlehen bis zu einer Höhe von 10 000 DM zur Verfügung, die von allen Familien beansprucht werden können, welche noch in vorläufigen Unterkünften leben müssen. Die ERP-Kredite für Existenzgründungen im selbständigen gewerblichen Bereich werden an Aussiedler zu besonders günstigen Bedingungen vergeben. Nach dem Arbeitsförderungsgesetz werden schließlich Lohnkostenzuschüsse und Unterhaltsgeld (für die Zeit von Umachulung oder Ausbildung) gewährt.

Vielen Aussiedlern steht aber noch eine finanzielle Unterstützung zu, von denen die meisten gar nichts wissen: Ansprüche aus dem Häftlingshilfe- und Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz. Ein Großteil der Aussiedler war in Kriegsgefangenschaft oder aber wurde in den Kriegswirren verschleppt. Dafür werden sie in der Bundesrepublik nach den genannten Gesetzen entschädigt. Die gezahlte Summe richtet sich nach der Zeit, die entweder in Gefangenschaft oder fern der Heimat verbracht werden mußte. Sie kann im Extremfall bis zu vierzehntausend DM betragen.

Der Haushaltsausschuß im Deutschen Bundestag hat, gerade im Hinblick auf die gestiegenen Aussiedlerzahlen noch im laufenden Geschäftsjahr die Mittel für das Kriegsgefangenenentschädigungs- und das Häftlingshilfegesetz um elf Millionen DM aufgestockt. Wir hoffen, daß wir es den deutschstämmigen Neubürgern aus Osteuropa damit ein Stückchen leichter machen, in der Bundesrepublik Fuß zu fassen.  
(-/17.1.1977/mis/10)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Helmut G. Schmidt